

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt**

**22-18412**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Jugendschutzpräventionsmaßnahmen im Park**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

29.03.2022

Beratungsfolge:

Jugendhilfeausschuss (zur Beantwortung)

27.04.2022

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Jugendliche haben wie kaum eine andere Gruppe unter den Einschränkungen während der Corona-Pandemie gelitten. Als es im Sommer 2021 zu deutlichen Lockerungen kam, nahmen dies viele Jugendliche zum Anlass umso ausgelassener in den Braunschweiger Parks zu feiern. Dabei kam es teilweise zu exzessivem und jugendgefährdendem Verhalten.

Da es wünschenswert und geboten ist, dass Jugendliche ihre Freiheiten in weiten Zügen genießen, ist es wichtig, dass die Stadt dafür Rahmenbedingungen schafft, die allen Sicherheit bieten. Im Sommer 2021 berichteten lokale Medien regelmäßig über die sich negativ zuspitzenden Partys vor allem im Prinz-Albrecht-, aber auch im Bürgerpark. So waren Jugendliche nicht mehr geschützt vor Gewalt anderer und es wurde allgemein beklagt, dass einige wenige deutlich über die Stränge schlugen. Laut den Berichten kam es also regelmäßig zu vielen Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz und zu Gefährdungen der körperlichen und geistigen Gesundheit von Minderjährigen. Bei einer ersten Recherche haben wir festgestellt, dass es in vielen Städten in Deutschland die gleiche Problemlage gab, das Problem also hinlänglich bekannt ist.

Die Braunschweiger Zeitung fragte bei der Stadt an, ob ein Streetworker im Park eventuell Abhilfe schaffen könnte – darauf antwortete der Stadtsprecher Adrian Foitzik, dass dies eine interessante Idee sei, die man prüfen müsse. Ferner sagte er, „Zu bewerten wäre auch, dass es sich in der Regel um ein Sommerphänomen handelt, das zudem in diesem Jahr wegen der besonderen Situation nach dem Corona-Jahr möglicherweise auch verstärkt auftritt. Zudem könnten auch andere Parks betroffen sein. Schließlich würde auch die Frage des Aufwandes zu bewerten sein und ob dies personell leistbar ist.“ (aus BZ online vom 05.07.21, Ann Claire Richter: „Müll, Lärm, Schlägereien – Streetworker für den Prinzenpark?“).

Wir wünschen uns, dass Jugendliche ihre Freiheit ausleben können, und doch stets sicher sein können, dass ihnen Hilfe zuteilwird, wenn sie sie benötigen. Die Reaktion, Jugendliche lediglich über Repressionen in Zaum zu halten, erwies sich als nicht zielführend – stattdessen wäre ein präventiver, die Bedürfnisse und Freiheit der Jugendlichen respektierender Ansatz wünschenswert.

Um zu thematisieren, inwieweit präventive Maßnahmen wie Streetwork, Alternativen wie „Open-Air Festivals“ etc. möglich sind, fragen wir die Verwaltung:

1. Wie bewertet die Verwaltung die Situation im Sommer 2021 aus Sicht des Jugendschutzes?
2. Welche aktiven und präventiven Maßnahmen zur Wahrung des Jugendschutzes wurden im Jahr 2021 ergriffen?
3. Welche aktiven und präventiven Maßnahmen zur Wahrung des Jugendschutzes oder auch Schaffungen von alternativen geordneten Veranstaltungen wie z.B. Openairfestivals plant die Verwaltung für den Sommer 2022?

**Anlagen: keine**